

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Hermann R. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52. Riesa Nr. 52.

Nr. 101.

Sonnabend, 2. Mai 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Rundschreib-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemühter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterzahlungsbeleg. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Abschluß der agrarpolitischen Kabinettsberatungen.

Berlin. Die agrarpolitischen Beratungen des Kabinetts, die am Mittwochabend zu Ende geführt wurden, hatten nach der amtlichen Bekanntmachung im wesentlichen das folgende Ergebnis:

Der Zoll für lebende Schweine wird, zunächst mit Wirkung bis 1. November dieses Jahres, auf vierzig Mark festgesetzt; das weitere wird sich nach der Entwicklung des Schweinemarktes richten. Der Fleischzoll ist im bisherigen Verhältnis zum Viehzoll festgesetzt worden. Für Kalber wird der Zoll auf 16 Mark erhöht. Die Hülle für Speiseerbsen sind auf zwanzig Mark, für Futtererbsen und Pohnen auf acht Mark, für ungeröstete Wicken auf sechs Mark und für gereinigte auf acht Mark erhöht worden. Für Futterbohnen, Lupinen und Wicken wird der Zoll auf 5 Mark bemessen. Für Gänse tritt in der Zeit vom 16. Oktober bis 31. März eine Erhöhung des Zolles auf 2,10 Mark für das Stück oder 16 Mark für den Doppelgänger ein. Die Zwischensätze für Speck und Schmalz werden aufgehoben.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Maßnahmen wird noch bestimmt werden. Gleichzeitig wird der Reichs-ernährungsminister von allen zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen, um einer dem Verbraucherschutz nach dem Gesetz vom 28. März 1931 widerprechenden Preisentwicklung vorzubeugen. Die Länderrichtungen sollen über eine Senkung der Handelsspanne auch in den Gemeinden wachen, wo sie noch nicht ausreichend erfolgt ist. Weiter soll alles geschehen, um eine ungerechtfertigte Preissteigerung des Brotpreises zu verhindern oder rückgängig zu machen. Auf den Preis soll so einwirkend werden, daß er eine höhere Grundlage für die entsprechende Berechnung des Brotpreises bietet. Die Bestimmungen des Brotgesetzes,

durch welche die Bewegungsfreiheit des Mühlen- und Bäckergewerbes zum Nachteil der Brotpreisbildung eingeklinkert, sollen aufgehoben werden, wozu die Lage des Getreidemarktes nunmehr die Möglichkeit bietet.

Bevor diese Maßnahmen des Reichskabinetts am Donnerstagabend bekanntgegeben wurden, hatte sich der Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingehend mit diesen Angelegenheiten beschäftigt. Auf den Bericht der Parteiführer über deren Unterredung mit dem Reichskanzler am Mittwoch wurden abermals starke Zweifel geäußert, ob die Regierungsmassnahmen zur Senkung der Brotpreise sich als wirksam erweisen würden, und es wurde unter Bezugnahme auf die Verpflichtungen des Zollermäßigungsgesetzes vom 28. März verlangt, daß eine Steigerung der Brotpreise über den Stand im letzten Halbjahr hinaus verhindert werden müsse und die Brotpreiserhöhungen der letzten Wochen wieder rückgängig gemacht werden. Die sozialdemokratische Fraktion behielt sich je nach der Richtung, die die Politik des Kabinetts nehmen würde, weitere Schritte vor, u. a. auch die Einbringung eines Antrages auf Einberufung des Reichstags, wofür jedoch erst die Zeit nach dem sozialdemokratischen Parteitag im Juni in Betracht kommen würde. Der Vorstand der Fraktion äußerte ferner starke Bedenken gegen etwaige Einschränkungen der sozialen Einrichtungen und Leistungen.

Die Kommunisten haben bekanntlich schon vor einigen Tagen den Antrag auf eine sofortige Einberufung des Reichstags beim Reichspräsidenten gestellt. Zur Entscheidung darüber ist der Reichsrat des Reichstags bekanntlich für den Mittwoch nächster Woche einberufen worden.

Vor der Ratstagung

Berlin, 2. Mai.

Die deutsche Delegation, die sich Mitte des Monats zur Teilnahme an der diesmal besonders bedeutsamen Tagung des Europa-Ausschusses und des Völkerbundsrats nach Genf begibt, wird wiederum von Reichsaußenminister Dr. Curtius geführt werden. Der Delegation gehören ferner an Staatssekretär von Bälou, die Ministerialdirektoren Dr. Gaus (Rechtsabteilung), Dr. Ritter (Wirtschaftsfragen), Dr. Rechin (Presseabteilung), Gesandter Rener von der Ostabteilung und eine Anzahl weiterer Sachverständigen.

Arbeit für Sachfen?

Wie aus Berlin gemeldet wird, finden dort zur Zeit zwischen der Reichspostverwaltung und der Ausgleichsstelle der Länder Verhandlungen statt wegen angemessener Verteilung der Reichspostaufträge auf die Länder. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen, doch erwartet man, wie uns hierzu mitgeteilt wird, schon mit Rücksicht auf die feinerzeitigen Versprechungen des Reichskanzlers und die inzwischen in Berlin stattgefundenen Besprechungen, in Sachen mit aller Bestimmtheit, daß der Zeitstaat Sachfen diesmal bei Vergebung der Aufträge eine seiner Notlage entsprechende Berücksichtigung finden wird, zumal ja bekanntlich Sachfen bisher stark benachteiligt worden ist.

Landtagsitzung am Dienstag

Die nächste Sitzung des Sächsischen Landtags findet am Dienstag, dem 5. Mai, nachmittags 1 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung vom 28. April, die Abstimmung über die für die letzte Sitzung beratenen Etatkapitel, Einsprüche der Abgeordneten Renner, Sindermann und Studenikowski gegen ihren Ausschuß sowie die Beratung verschiedener neuerer Etatkapitel und einiger Landtagsanträge.

Wieder eine polnische Grenzverletzung

Gleiwitz, 2. Mai.

Am Freitag gegen 15.30 Uhr wurde über Gleiwitz ein polnisches Verkehrsflugzeug (Hochdecker) mit dem Zeichen S. P. — A. D. D. in einer Höhe von 300 bis 400 Meter geflogen. Das Flugzeug flog in ostwestlicher Richtung weiter in deutsches Gebiet hinein.

Bodenforschung des „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen. (Hauptstadt.) Unter Führung von Kapitän Lehmann flog heute früh 4.30 Uhr das Luftschiff „Graf Zeppelin“ zu seiner angekündigten Fahrt über dem Bodensee auf. In der Endauer Nacht wurden vom Luftschiff aus Film- und Photographien der dort kreuzenden Motor- und Segelboote gemacht. Die im Auftrage der Reichsbahn-Direktion Nürnberg ausgeführt wurden. An der Fahrt nahm u. a. Staatssekretär Dr. Frank teil. Die Landung erfolgte um 8.15 Uhr.

Start des Do X.

Las Palmas. Das Riesen-Wasserflugzeug Do. X ist gestern um 11 Uhr nach Rio de Oro (Spanisch Nordwest-Afrika) abgelaufen.

Luftlinie Berlin — Budapest

Mit einem Flug Berlin—Wien—Budapest wurde am Freitag eine neue direkte Luftverbindung zwischen den genannten drei Städten eröffnet. Die neue Linie, die von der Österreichischen Luftverkehrs-Gesellschaft und von der Deutschen Luft Hansa gemeinsam betrieben wird, ermöglicht es, die Strecke Berlin—Budapest nur mit einer Zwischenlandung in Wien in insgesamt fünf Stunden zurückzulegen. Es verkehrt jetzt täglich je ein Flugzeug in beiden Richtungen.

Eine Klage gegen das Reich abgewiesen.

Berlin. Die Entschuldigungsklage des Schubverbandes der Getreidehändler der Hamb. Börse gegen das Reich wegen Errichtung des Ralsmonopols, über die von letzterem des Klägers in letzter Zeit wiederholt Nachrichten in die Öffentlichkeit gelangt sind, ist vom Landgericht I Berlin am 16. April dieses Jahres abgewiesen worden.

Die Brauns-Kommission über die Arbeitsbeschaffung.

Ein interessanter Vorschlag zur Entlastung der Wirtschaft.

Berlin. Die unter Vorsitz des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns arbeitende Gutachterkommission wird am Donnerstag oder Freitag der kommenden Woche den zweiten Teil des Gutachtens veröffentlichen.

Es erhebt sich auf außerordentlich wichtige Gebiete der Arbeitsbeschaffung. In politischen Kreisen steht man der Veröffentlichung mit großem Interesse entgegen, da das Gutachten dem Problem einen sehr weiten Rahmen setzt und zu Vorschlägen gelangt, die wahrscheinlich nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern starke Beachtung finden werden.

Der erste Teil des Gutachtens ist eine wirtschaftstheoretische Darstellung der Ursachen und Zusammenhänge der Krisen, der zweite Teil stellt die Frage, ob es möglich ist, das Wirtschaftslieben aus seiner gegenwärtigen Erstarrung zu erwecken. Die Kommission kommt zu einer durchaus bescheidenden Antwort unter der Voraussetzung, daß ein planmäßiges und großzügiges Zusammenarbeiten zwischen den verschiedenen Ländern eintritt. Dieser Teil enthält

das Kernstück des ganzen Gutachtens, nämlich den Vorschlag, einen großen Kapitalbetrag —

man spricht von einer Milliarde — zur Entlastung der Wirtschaft aufzubringen.

In keinem dritten Teil zählt das Gutachten die einzelnen Maßnahmen auf, die der Ausschuss vorschlägt, und zwar sowohl für den Fall, daß der im zweiten Teil angeregte höhere Rahmen möglich ist, als auch für den anderen, daß nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen.

Das große Projekt würde unter anderem die Elektrifizierung der Eisenbahnen, die Ferngasversorgung, großzügige Straßenbauten und ähnliche Dinge umfassen.

In diesem Abschnitt behandelt das Gutachten auch das Problem der Arbeitsdienstplicht, des freiwilligen Arbeitsdienstes usw.

Im vierten Teil endlich werden gewisse rechtliche Fragen erörtert, die in Angriff genommen werden müssen, wenn die Arbeitsbeschaffung erleichtert werden soll. Im ganzen wird man damit rechnen können, daß das Gutachten schon durch die starke Betonung der Verbundenheit der verschiedenen Länder nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland ein lebhaftes Echo finden wird.

Brasilianisches Marinelaboratorium explodiert.

Zahlreiche Tote und Verwundete.

New York. Die die „Associated Press“ aus Rio de Janeiro meldet, sind bei einer Explosion im Marinelaboratorium von Nictheroy 200 Angestellte getötet und verletzt worden. Das Laboratorium sowie ein benachbartes Gebäude sind gänzlich zerstört worden. Die Explosion fand vermutlich im Torpedolagerraum statt. Die Explosion fand vermutlich etwa die Hälfte der Katastrophe zum Opfer gefallen sein. Nictheroy liegt an der Rio-Bay, direkt gegenüber von Rio-Stadt. Das Hospital war schnell überfüllt, so daß eine ganze Anzahl der Verletzten in Parkassen nach Rio

Stadt gebracht werden mußte. Bisher sind 46 Tote und 70 Verwundete geborgen worden.

New York. Nach einer späteren Meldung der „Associated Press“ aus Rio de Janeiro dürfte die Zahl der Todesopfer der Explosionskatastrophe im Marinelaboratorium von Nictheroy nicht so hoch sein, wie zuerst angenommen wurde. Immerhin sollen mindestens 46 Personen getötet und 70 verletzt worden sein. Auch wird angenommen, daß noch Tote unter den Trümmern liegen.

Der neue Konflikt.

Berlin. Wie wir bereits berichteten, wird um die Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung ein schwerer Kampf entbrennen. Während die Sozialdemokraten nicht geneigt sind, Beitragserhöhungen zu bewilligen oder einen Abbau der Leistungen zuzulassen und mit dem schwersten Geschick schon jetzt aufzutreten, macht sich, wie wir hören, in der Unternehmerwelt immer mehr die Forderung bemerkbar, die Reichsanstalt müßte von sich aus die Berechtigung haben, die Höhe der Unterzahlungsbeiträge entsprechend ihren Einnahmen zu variieren, das heißt in diesem Falle, da sie erhebliche Unterbilanz hat, die Unterzahlungsbeiträge erheblich herabzusetzen. Bekanntlich sind der Reichsanstalt durch den Reichs-

tag weitgehende Befugnisse erteilt worden. Diese gehen jedoch nicht soweit, daß sie berechtigt ist, selbst eine Unterzahlungsbeitrag vorzunehmen. Die Herabsetzung wird nun, wie es heißt, dahin gedrängt, durch Notverordnung der Reichsanstalt auch das Recht der Leistungsfestsetzung einzuräumen. Wenn indessen behauptet wird, die Regierung neige stark dazu, diesen Forderungen der Unternehmer zu entsprechen, so sind diese Angaben übertrieben. Wohl hat die Regierung zunächst erst flüchtig die Arbeitslosenfrage geprüft, aber sie ist noch zu keinem Beschluß gekommen, hat überhaupt noch keine entscheidende Stellung genommen und wird wahrscheinlich, ihrer ganzen Einstellung nach auch nicht den Anregungen der Unternehmer folgen, sondern wahrscheinlich, wie wir schon berichteten, mehr dazu neigen, die Arbeitslosenversicherung durch Herausnahme belastender Gruppen zu entlasten.